

**Peter Weiß (Emmendingen)**

- (A) *Nach einer Prognose der Deutschen Rentenversicherung Bund wird sich die Bedeutung der einzelnen Teilssegmente im Drei-Säulen-System – gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Altersvorsorge und private Altersvorsorge – in Zukunft immer mehr verlagern. Lag der Anteil der gesetzlichen Rentenversicherung am gesamten Alterssicherungssystem 2005 noch bei 85 Prozent so wird er 2035 nur noch bei 65 Prozent, im Jahre 2050 sogar nur noch bei 56 Prozent liegen. Dementsprechend werden sich die Anteile der betrieblichen Altersvorsorge von im Jahre 2005 von 10 Prozent auf 24 Prozent für 2035 und sogar auf 31 Prozent für 2050 erhöhen. Bei der privaten Altersvorsorge liegen die Zahlen bei 5 Prozent in 2005, 11 Prozent in 2035 und 13 Prozent in 2050.*

*Diese Entwicklungen zeigen, dass alle Säulen der Alterssicherung zur Lebensstandardsicherung und zur Vermeidung von Altersarmut beitragen müssen. Deshalb ist es auch richtig, dass die Bundesregierung private und betriebliche Zusatzversorgung mit erheblichen Förderungen stützt, wie beispielsweise die Förderung mit finanziellen Zuschüssen – Riester-Zulagen –, die Förderung mit Extra-Steuerersparnissen – zusätzlicher Sonderausgabenabzug – oder die Basis-Rürup-Rente. Richtig ist auch, dass die gesetzliche Rente die wesentliche Säule der Alterssicherung ist und bleibt. Deshalb gilt es, auch die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken.*

- (B) *Ein besserer Schutz vor Altersarmut ist das zentrale rentenpolitische Vorhaben dieser Koalition. Dazu brauchen wir aber keine Panikmache und keine unrealistischen Forderungen, sondern ein echtes Gesamtkonzept. Ein solches zu erstellen und die Grundlage für weiteres Handeln zu erarbeiten, ist Ziel der Regierungskommission zur Vermeidung von Altersarmut, die in den kommenden Wochen durch die Bundesregierung eingesetzt wird.*

*Derzeit sind nur 2,3 Prozent der Rentnerinnen und Rentner wegen zu geringer Alterseinkünfte auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen. 1957, vor der Einführung der dynamischen Rente, waren über 70 Prozent der Seniorinnen und Senioren in Deutschland auf zusätzliche staatliche Hilfen angewiesen. Auch dies zeigt noch einmal, wie erfolgreich die gesetzliche Rentenversicherung zur Vermeidung von Altersarmut beigetragen hat. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir wollen, dass die gesamte Problematik von Altersarmut, Erwerbsminderung und Langzeitarbeitslosigkeit fachkundig, umfassend und mit Blick auf eine zukunftsfähige und bedarfsgerechte Lösung angegangen wird. Denn nur so kann dieses ernsthafte und komplexe Thema bewältigt werden.*

*CDU/CSU und FDP unterstützen das Vorhaben, eine Regierungskommission einzusetzen. Nach Vorlage des Berichts der Kommission werden wir als Parlament deren Vorschläge diskutieren und bewerten. Es liegt dann an uns als Parlamentariern, welche Vorschläge wir aufgreifen und was wir als Gesetz beschließen. An dieser klaren Aufgabenteilung zwischen einer Fachkommission und der Verantwortung von uns Abgeordneten wollen*

- wir nichts ändern. Eine Verwischung oder Vermengung von Verantwortlichkeiten, wie das die Linke beantragt, lehnen wir ab.* (C)

*Was die Zusammensetzung der neuen Regierungskommission anbelangt, hat die Bundesregierung bereits mehrfach geäußert, dass die derzeitigen Planungen auch vorsehen, im Rahmen der Beratungen auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anzuhören und/oder gegebenenfalls schriftliche Gutachten einzuholen sowie betroffene Institutionen – zum Beispiel die Rentenversicherungsträger – und die Sozialpartner, Sozialverbände und Kirchen zu beteiligen. Es wäre auch nicht sachgerecht, externen Sachverständigen aus dem Bereich der zusätzlichen Altersvorsorge von vornherein auszuschließen. Dies würde auch die Bedeutung der zusätzlichen betrieblichen und privaten Altersvorsorge für die Alterssicherung insgesamt verkennen. Mögliche Probleme und Risiken müssen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung genau analysiert werden – nur so können tragfähige und passgenaue Lösungsansätze zur Vermeidung von Altersarmut insgesamt entwickelt werden.*

*Wir, die Koalitionsfraktionen, sind davon überzeugt, dass die Regierungskommission wegweisende Empfehlungen zur Vermeidung von Altersarmut in der Zukunft erarbeiten wird. Wir sind fest entschlossen, dazu im Parlament noch in dieser Legislaturperiode konkrete Gesetzesbeschlüsse zu fassen.*

**Ulrich Lange (CDU/CSU):**

- (D) *Heute debattieren wir zum wiederholten Male zur Altersarmut in Deutschland, weil die Linken mal wieder einen Antrag eingereicht haben. Diese Fraktion wird einfach nicht müde, ihre kommunistischen Forderungen wieder und wieder vorzutragen. Aber dadurch werden sie nicht besser. Und da Sie auch keine stichhaltigen Argumente anführen, werden Sie auch niemanden von Ihren leeren Worthülsen überzeugen.*

*Aber kommen wir zu Ihrem Antrag. Gut daran ist, dass wir uns mit der Altersarmut beschäftigen. Dieses Problem ist in unserer Gesellschaft vorhanden, und wir müssen ihr heute begegnen, damit die Altersarmut in den kommenden Jahren nicht ansteigen, sondern reduziert wird. Aus diesem Grund wird die Bundesregierung eine Regierungskommission bilden und nicht eine Parlamentskommission. Hierzu werden dann Fachleute herangezogen, die diese Kommission beraten. Das Ziel der Regierungskommission wird es sein, alle Rentensysteme in der Bundesrepublik Deutschland in die Betrachtung einzubeziehen. Dies betrifft auch die Riester-, Betriebs- und Erwerbsminderungsrenten. Es wird einen Think Tank geben – eine Diskussion ohne Tabus mit dem Ziel, wirksame Maßnahmen gegen die Altersarmut zu finden.*

*Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich darauf hinweisen, dass die beste Absicherung gegen die Altersarmut auch schon die Berufstätigkeit ist. Wir haben die Arbeitslosigkeit auf ein Niveau gesenkt, wie es keiner erwartet hatte, und dies trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir werden auch weiter dahin wirken, dass die Arbeitsplätze in Deutschland gesichert und dass*

Ulrich Lange

- (A) *neue Stellen geschaffen werden. Die von Ihnen so oft in die Waagschale geworfene Forderung nach einem Mindestlohn wirkt sich da nur negativ aus, würde Arbeitsplätze vernichten und zu vermehrter Altersarmut führen. Deshalb sprechen wir uns dagegen aus.*

*Ja, wir fordern von unseren Bürgerinnen und Bürgern, auch für die Alterssicherung einen privaten Beitrag zu leisten. Dies ist notwendig. Dafür vermeiden wir aber eine drastische Erhöhung der Rentenbeiträge, die sonst notwendig wäre. Mit der Einführung der Riester-Rente ist ein Instrument geschaffen worden, mit dessen Hilfe der Altersarmut begegnet werden kann. Dieses Instrument zu verunglimpfen ist nicht gerechtfertigt. Die Zahlungen aus der Riester-Rente ergänzen die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung sehr sinnvoll und verringern im Wesentlichen die Gefahr der Altersarmut. Um dies zu gewährleisten, haben wir das Schonvermögen von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben. Diese Verdreifachung führt dazu, dass ein 60-Jähriger bis zu 45 000 Euro für das Alter ansparen darf. Das ist eine sinnvolle und effektive Vorsorge gegen Altersarmut.*

*Es muss nicht alles staatlich reguliert werden, wie das die Linken fordern. Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind durchaus selbst in der Lage, privat die zu erwartende Rente zu ergänzen. Ob dies über Lebensversicherungen oder die eigene Immobilie ist, sollen unsere Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden. Denjenigen, denen es nicht gelingt, ordentlich selbst vorzusorgen, müssen wir die helfende Hand reichen. Aber die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt lieber auf dem Sektor für die Altersvorsorge vor, der ihm selbst am sichersten und profitabelsten erscheint. Lassen wir ihnen dieses Recht auf Selbstbestimmung.*

*Was Sie, meine Damen und Herren von der Linken, betreiben, ist doch ein Etikettenschwindel. Sie kennen doch die demografische Entwicklung und wissen genau, dass langfristig die Anzahl derer, die die Rente finanzieren, zurückgehen wird und die Anzahl der Rentner ansteigen wird. Wenn wir bei Ihren Forderungen bleiben, würde der Rentenbeitrag ins Unermessliche steigen. Deshalb haben wir den Nachhaltigkeits- sowie den Riester-Faktor in den letzten Jahren bei der Berechnung der Einkommen im Alter einbezogen. Wir wollen eine solide Sicherung der Einkommen im Alter und setzen auf eine Splitting in gesetzliche Rentenversicherung und private Vorsorge.*

*Ob und wo es noch sinnvolle und bezahlbare Möglichkeiten zur Vermeidung der Altersarmut bei uns in Deutschland gibt, wird jetzt von der Regierungskommission erarbeitet. Lassen wir ihr für diese wichtige Tätigkeit die Zeit, um gründlich zu recherchieren und sich mit den Fachleuten aus allen Bereichen ausführlich zu beraten. Versuchen Sie, Ihr Strickmuster zu durchbrechen, und vermeiden Sie eine polemische Debatte. Diskutieren Sie mit uns die kommenden Vorschläge zum Nutzen unserer Bürgerinnen und Bürger und zur Vermeidung der Altersarmut.*

**Anton Schaaf (SPD):**

*Mit dem vorliegenden Antrag erkundigt sich die Fraktion Die Linke nach Aufgabe und Zusammensetzung der von der Bundesregierung angekündigten Altersarmutskommission. Die Linke kritisiert auch die fehlende Beteiligung des Parlaments an der geplanten Einsetzung der regierungsinternen Kommission. Unseres Erachtens aber ist weniger die Zusammensetzung der Kommission ein Problem als deren Aufgabenstellung. Angesichts der politischen Vorgaben im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP für deren Arbeit ist für uns eine Beteiligung ohnehin nicht sinnvoll. Daher können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Weil wir aber die zugrunde liegende Analyse für richtig halten, enthalten wir uns der Stimme.*

*Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP wurde vereinbart, gegen Altersarmut vorzugehen; das ist erfreulich. Aber außer dieser Absichtserklärung wurde bisher noch nichts geliefert.*

*Die Bundesregierung hat es offenbar nicht eilig. Im April dieses Jahres soll die Kommission ihre Arbeit aufnehmen, der Abschlussbericht wird erst im September 2012 vorliegen. Die Regierungskoalition stellt sich ihrer Verantwortung viel zu spät. Eine Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode ist daher kaum zu erwarten.*

*Deutschland ist stabiler als andere Länder durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Allerdings kommt die aktuell gute wirtschaftliche Lage den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in zu geringem Maß zugute. Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte haben nach wie vor große Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. In atypischen Beschäftigungsverhältnissen liegen die Stundenverdienste um ein Drittel niedriger. Über 20 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten sind im Niedriglohnssektor beschäftigt.*

*Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohnbeschäftigung hinterlassen deutliche Spuren in den Erwerbsbiografien der Beschäftigten. Kräftige finanzielle Einbußen bei der Altersversorgung sind die Folge.*

*Altersarmut wird in Zukunft vor allem im Osten zum Problem. Berechnungen des DIW haben ergeben, dass in der Alterskohorte der Jahrgänge 1952 bis 1971 jeder dritte Mann – 31,4 Prozent – und fast jede zweite Frau – 46,6 Prozent – einen Rentenzahlbetrag aus der gesetzlichen Rentenversicherung von unter 600 Euro erhalten, also mit seinem Renteneinkommen unterhalb der Grundversicherung bleiben wird.*

*Von herausragender Bedeutung für die Vermeidung von Altersarmut sind:*

*Erstens eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die dem Leitbild der „guten Arbeit“ verpflichtet ist. Dazu gehören die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Dann können die Versicherten auch wieder mit höheren Renten rechnen.*

*Zweitens – auch wenn der eigentliche Schlüssel zur Bekämpfung von Altersarmut auf dem Arbeitsmarkt liegt – muss sozialpolitisch flankierend eingegriffen werden.*